

# Die österreichischen Reduktionsziele für Treibhausgas-Emissionen von Toronto bis Kyoto

*Die prinzipielle Problematik der österreichischen Klimapolitik liegt in der Tatsache, dass Österreich international sich zu sehr anspruchsvollen Reduktionszielen verpflichtet, für diese selbstgesteckten Ziele aber bisher nur völlig ungenügende Maßnahmen umgesetzt hat. Dies gilt für das Toronto-Ziel, das vor der Kyoto-Konferenz angebotene Reduktionsziel und das im EU-Rahmen zugesagte nunmehrige Kyoto-Ziel.*

**Schlüsselworte:** CO<sub>2</sub>-Kommission, Toronto-Ziel, Kyoto-Konferenz, Klimapolitik

## **Der Start: Neue Institutionen für die österreichische Klimapolitik Die Österreichische CO<sub>2</sub>-Kommission (ACC)**

Es ist nun ein Jahrzehnt her, dass der damalige Ministerrat, zuerst nur kennnisnehmend, nach einigen Monaten „zustimmend“ zur Kenntnis nahm, dass die antragstellende Umweltministerin Frau Dr. Fleming eine Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der Klimaproblematik und der Verminderung der Treibhausgasemissionen bestellen möchte. Der Mai 1990 war die Geburtsstunde des unter der Bezeichnung CO<sub>2</sub>-Kommission (Austrian CO<sub>2</sub> Commission, ACC) bekannt gewordenen Gremiums, das aus Wissenschaftlern österreichischer Universitäten, den Umweltsprechern der im Parlament vertretenen Parteien, akademischen Vertretern der Sozialpartner sowie einem Vertreter von Greenpeace gebildet wurde. Es war dies das österreichische Analogon zur deutschen Enquetekommission.

Aufgabe der CO<sub>2</sub>-Kommission war es, die Bundesregierung in Klimafragen, im beson-

## **Austrian Reduction Targets for Greenhouse Gas Emissions from Toronto to Kyoto**

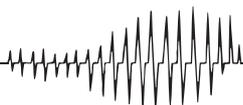
The Austrian climate change policy suffers from the problem that it has agreed to meet ambitious targets but has done little to implement measures enabling it to achieve those targets. This holds true for the Toronto target, for the goals agreed upon before the Kyoto-conference, as well as for the Kyoto-target itself.

**Keywords:** CO<sub>2</sub>-Commission, Toronto-Target, Kyoto-Conference, Climate Policy

deren bei der Erreichung des sogenannten Toronto-Zieles – Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 % bis 2005, bezogen auf 1988 – zu beraten.

Eine der ersten Arbeiten war eine Aufstellung jener nationalen Maßnahmen, deren Umsetzung ein Erreichen des Torontozieles ermöglichen würden. In ihrem ersten Jahresbericht für das Jahr 1991 (ACC 1992) wies die Kommission darauf hin, dass auf Grund des zu erwartenden steigenden Energiebedarfes (Energieprognose des WIFO 1990) auch mit einer Steigerung der pyrogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen gerechnet werden muss und sprach Empfehlungen für ein Aktionsprogramm zur Emissionsreduktion aus. Die sieben Punkte dieses Programms haben auch heute ihre Gültigkeit nicht verloren. Die Kommission stellte fest, dass das Torontoziel für Österreich mit der konsequenten Anwendung des vorhandenen Standes der Technik erreichbar wäre, wenn die dafür notwendigen rechtlichen und lenkenden Maßnahmen in der zeitlich notwendigen Abstimmung ergriffen werden.

Die Kommission hatte ein jährliches Forschungs- und Arbeitsbudget aus Mitteln



des Umweltressorts. Das Sekretariat wurde finanziell, personell und räumlich von der NÖ. Akademie für Umwelt und Energie im Schloss Laxenburg zur Verfügung gestellt und zusätzlich aus deren Mittel das Forschungsbudget der Kommission um 10 % erhöht sowie der Literaturbedarf der Kommission erfüllt.

### **Das Interministerielle Komitee Klima (IMK Klima)**

1991 wurde das Interministerielle „Komitee zur Koordinierung von Maßnahmen zum Schutz des globalen Klimas“ (IMK Klima) eingerichtet, das vornehmlich die Aufgabe hatte, die Ergebnisse und Empfehlungen der CO<sub>2</sub>-Kommission unter Berücksichtigung der verzweigten Kompetenzstruktur für die einzelnen Ministerien zu strategischen Arbeitsprogrammen zu formulieren und interministeriell zu koordinieren. Dass dieser Arbeit mancherorts nur eine Alibi-funktion beigemessen wurde ist allein daraus ersichtlich, dass das Finanzministerium als eines der Schlüsselministerien über lange Zeit keinen Vertreter zu den Sitzungen des IMK entsandte.

### **Die ersten klimapolitischen Strategien und Umsetzungsdefizite**

CO<sub>2</sub>-Kommission und IMK, wechselweise in deren Sitzungen vertreten, erarbeiteten für die Bundesregierung eine klimapolitische Strategie, deren konsequente und ohne zeitlichen Verzug begonnene Umsetzung das Erreichen der Größenordnung der angekündigten Emissionsreduktion möglich gemacht hätte. Der Text des Stückes „Treibhausgasreduktion in Österreich“ lag somit für die Akteure Bund und Länder vor, nur – um es wienerisch zu sagen – „spün tan sas net!“

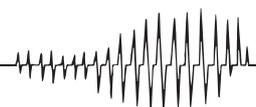
Zur Orientierung der Öffentlichkeit im besonderen jedoch für die Legislative legte die Kommission jährlich einen Arbeitsbericht vor (ACC 1992, 1993, 1994, 1995). Diese Berichte informierten über den Trend der CO<sub>2</sub>-Emissionen im abgelaufenen Jahr

und enthielten neben der Veröffentlichung der jeweils abgeschlossenen Forschungsarbeiten auch eine kritische Darstellung der im vergangenen Jahr erfolgten – korrekter gesagt, der unterlassenen – legislativen und normativen Maßnahmen. So musste bereits im Jahresbericht 1992 festgestellt werden, dass durch das Ausbleiben notwendiger gesetzlicher und lenkender Maßnahmen in Bund und Ländern das Toronto-Ziel – im Gegensatz zur offiziellen Aussage des Ministeriums – nicht zu erreichen sein wird.

Diese Warnung musste auch im Jahresbericht 1993 ausgesprochen werden: *„Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die 1993 in Österreich von Bundesregierung, Parlament, den Landesregierungen und Gemeinden unternommenen Ansätze zur Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um vieles zu schwach sind, um das Toronto-Ziel zu erreichen. Je länger die Qualität der Ansätze ungenügend bleibt, umso schärfere Maßnahmen müssten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ergriffen werden. Sollte ein weiteres Jahr ohne signifikante und substantiell gehaltvolle Maßnahmen verstreichen, muss damit gerechnet werden, das Toronto-Ziel zu verfehlen“* (Österreichische CO<sub>2</sub>-Kommission 1994). Von den Medien allgemein bekannt gemacht, führte dies jedoch bei Bund und Ländern nicht zu entsprechenden Aktivitäten.

Die von höchster Stelle stets vorgetragene Versicherung, dass das Toronto-Ziel erreicht werden würde, hatte auch angesichts der Tatsache, dass der diesbezügliche Entwurf eines § 15a-Vertrages zwischen Bund und Ländern ab März 1993 über mehrere Jahre ergebnislos verhandelt worden war, keine reale politische Basis. Beispiele für Versäumnisse, die sich negativ auf die Treibhausgasreduktion auswirkten, waren unter anderem auch:

- Für die Novellierung der in den Bauordnungen der Länder enthaltenen Vorschriften für den zulässigen Wärmebedarf von Häusern ließ man die besonders bauinten-



siven Jahre 1990 bis 1995, in welchen jeweils mehr als 50.000 Wohneinheiten errichtet wurden, nutzlos verstreichen. Das Gleiche gilt für die energietechnische Sanierung von Altbauten. Gerade dieser Bereich stellt das größte Einsparungspotential dar (Cervený et al. 1993, Abele et al. 2000). Damit verbunden wären eine Schonung fossiler Ressourcen und eine finanzielle Entlastung der Energieimporte.

- Fernwärme, im besonderen wenn sie aus Abwärme von thermischen Kraftwerken, Abfallverbrennungsanlagen oder Industriekesselanlagen gespeist wird, ist nicht nur die Nutzung von andernfalls verloren gehender Wärme, somit THG-Emissionen reduzierend, sondern verringert auch die Emissionen aus dem Hausbrand. Hausbrand ist in Österreich die stärkste Quelle für Dioxin/Furan-Emissionen. Angesichts dieser Umstände ist es unverständlich, dass nach dem Auslaufen des Fernwärmeförderungsgesetzes 1993 bis heute keine Nachfolgeregelung erfolgt ist.

- Ein weiterer Punkt betrifft die Treibhausgase  $\text{CH}_4$  und  $\text{N}_2\text{O}$ . Das Umweltbundesamt (UBA) erstellt neben den Klimaberichten auch die jährlichen Emissionsbilanzen unter Beachtung der vom IPCC vorgegebenen Matrix bezüglich der Aufgliederung in Emissionsquellen (Ritter et al. 1999). Das UBA kann dabei nur mit vorhandenen oder unmittelbar beschaffbaren Daten arbeiten. Für  $\text{CH}_4$  und  $\text{N}_2\text{O}$  sind jedoch für etliche Emissionsbereiche die Daten nur durch näherungsweise Abschätzung vorhanden. Gleiches gilt für Hochrechnungen der Emissionen dieser Gase für die Zeit der kommenden Jahre bis zum Kyoto-Zeitraum 2008 bis 2012. Gänzlich fehlen quantifizierende Pläne zur Reduktion dieser Gase, wie sie in anderen EU-Staaten, z.B. den Niederlanden, Deutschland oder Schweden von Regierungsstellen ausgearbeitet vorliegen. Diesbezügliche Ansätze der  $\text{CO}_2$ -Kommission für  $\text{CH}_4$  (Autorenkollektiv 1994) und des Klimabeirates für  $\text{N}_2\text{O}$  (Hackl und

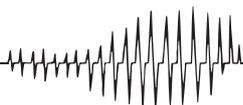
Schleicher 2000) konnten bis heute nicht weitergeführt werden.

## Die Einbindung in die Klimapolitik der EU

1995 wurde Österreich Mitglied der Europäischen Union und damit auch in die Klimapolitik der EU eingebunden. Damit wurde das Stabilisierungsziel der EU, die gemeinsamen  $\text{CO}_2$ -Emissionen bis 2000 auf der Basis von 1990 zu stabilisieren, auch für Österreich verpflichtend. In den vorbereitenden Sitzungen für CoP 3 im November 1997 in Kyoto einigten sich die Mitgliedsstaaten darauf, in die Konferenz mit einem Reduktionsanbot von 20 % bis 2010 unter Einschluss von  $\text{CH}_4$  und  $\text{N}_2\text{O}$ , einzutreten, wobei innerhalb der EU unterschiedliche nationale Beiträge die unterschiedliche Situation in den einzelnen Staaten berücksichtigen sollten. Österreich hatte sich in diesem Rahmen bereit erklärt, eine Reduktion von 25 % zu erzielen. Im Finale der Kyoto-Konferenz übernahm die EU für die Gemeinschaft ein Reduktionsziel von 8 % als Mittelwert für den Zeitraum 2008 bis 2012, worin im Zuge der internen Aufteilung Österreich eine nationale Reduktion von 13 % übernahm.

## Die Diskrepanz zwischen Ambitionen und Realisationen

Die prinzipielle Problematik der österreichischen Klimapolitik liegt in der Tatsache, dass Österreich international sich zu sehr anspruchsvollen Reduktionszielen verpflichtet, für diese selbstgesteckten Ziele aber bisher nur völlig ungenügende Maßnahmen umgesetzt hat. Dies gilt für das Toronto-Ziel, das vor der Kyoto-Konferenz angebotene Reduktionsziel und das im EU-Rahmen zugesagte nunmehrige Kyoto-Ziel (siehe Tabelle 1). 1999 betrug die  $\text{CO}_2$ -Emission Österreichs 65,78 Mio. t die Summe aus  $\text{CO}_2$ ,  $\text{CH}_4$  und  $\text{N}_2\text{O}$  77,60 Mio. t  $\text{CO}_2$ equ., die Gesamtemission 79,22 Mio. t  $\text{CO}_2$ equ. (Ritter 2001).



Tab.1: Reduktionsziele Österreichs

Bezeichnung	THG	Reduktion %	Basis		Ziel		Reduktionsmenge	
			Jahr	Menge	Jahr	Menge	1)	2)
			Mio. t CO <sub>2</sub> equ.					
Toronto-Ziel	CO <sub>2</sub>	20	1988	57,21	2005	45,77	11,44	22,23
Stabilitätsziel der EU	CO <sub>2</sub>	0	1990	62,13	2000	62,13	0,0	4,47
Kyoto-Anbot	CO <sub>2</sub> , CH <sub>4</sub> , N <sub>2</sub> O	25	1990	76,17	2010	57,13	19,04	24,87
Kyoto-Ziel	CO <sub>2</sub> , CH <sub>4</sub> , N <sub>2</sub> O HFC, PFC, SF <sub>6</sub>	13	1990 1995	76,17 <sup>3)</sup>	2008 bis 2012	66,27	9,90	16,0

<sup>1)</sup> unter der Annahme, dass bis zum zeitlichen Ziel keine Zunahme des Energieverbrauches erfolgt  
<sup>2)</sup> unter der Annahme, dass bis zum zeitlichen Ziel der Energieverbrauch gemäß BAU steigen wird  
<sup>3)</sup> ohne Berücksichtigung von HFC, PFC, SF<sub>6</sub>

Eine Bilanz über die vergangenen zehn Jahre muss auch die Position der Wirtschaft und der Industrie kritisch beleuchten. Mit Recht konnte von dieser Seite kritisiert werden, dass die von den staatlichen Stellen erstellten Programme – besser Szenarien – top-down Szenarien waren, die ohne substanziellen Kontakt mit den Zielgruppen formuliert worden waren. Dem ist entgegenzuhalten, dass seitens der Wirtschaft und der Industrie kein substanzielles Angebot zur Erarbeitung und Umsetzung von Reduktionsprogrammen gemacht worden war. Ein solches Angebot hätte selbstverständlich auch die für seine Realisierung notwendigen politischen Voraussetzungen enthalten müssen.

In der ersten Hälfte der Neunziger Jahre, als sich die Bundesregierung verbal dem Toronto-Ziel verpflichtet fühlte, mag in manchen Entscheidungsstellen der Wirtschaft, aber auch von Bund und Ländern, nicht nur die Klimaänderung per se sondern die Notwendigkeit des praktischen Vollzugs von Reduktionsmaßnahmen in Zweifel gezogen worden sein. Dies auch vor dem Hintergrund, dass das Toronto-Ziel völkerrechtlich oder in anderer rechtlicher Form nicht verankert war.

### Die Klimaschutzpolitik nach dem Kyoto-Protokoll

Seit der Welt-Gipfelkonferenz 1992 in Rio, spätestens seit CoP 3 1997 in Kyoto ist jedoch die rechtliche Verbindlichkeit eines internationalen Klimavertrages, i.e. des Kyoto-

Protokolls, voraussichtlich ab 2002 so gut wie bestehend, auch dann, wenn die USA aus dem Vertrag aussteigen und zunächst nicht ratifizieren werden. Im Kyoto-Protokoll sind jedoch für die Entwicklungsländer keine quantifizierten Reduktionsziele enthalten. Das Kyoto-Protokoll tritt in Kraft wenn 55 Länder die auch für 55 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Annex I Staaten verantwortlich sind, ratifiziert haben. Von den Annex I Staaten werden die EU, 6 der G8 Staaten sowie die meisten der EIT (Economy in transition)-Länder unterzeichnen. Das würde, wie Tabelle 2 zeigt, für ein Inkrafttreten genügen.

Tab. 2: CO<sub>2</sub>-Emissionen der Annex I Staaten

EU der 15	24,2 %
Russland	17,4 %
Japan	8,5 %
Polen	3,0 %
EU Aspiranten und baltische Staat	3,4 %
Summe	56,5 %

Quelle: Grubb (2000)

Die Ergebnisse der Kompromisskonferenz in Bonn im Juli 2001, im besonderen die Anrechenbarkeit von Senken u.a. für Russland und Japan, das mehr als die Hälfte seines nationalen Reduktionszieles mit Senken erreichen will, sind unter dem Bemühen zu sehen diese beiden Länder, möglichst auch Australien und Kanada für die Ratifizierung zu gewinnen.

### Die Aktivitäten des Österreichischen Klimabeirates (ACCC)

Mit Beginn 1996 wurde die CO<sub>2</sub>-Kommission in den Österreichischen Klimabeirat (Austrian Council on Climate Change, ACCC) des BM für Umwelt, Jugend und Familie umgewandelt und als rein wissenschaftlich zusammengesetztes Gremium weitergeführt. Der Klimabeirat war jedoch nicht mehr mit einem Forschungsbudget ausgestattet, auch war es nicht mehr mög-



lich die jährliche Pressekonferenz des Gremiums abzuhalten, damit die Situation bezüglich des (Nicht-) Erreichens von Emissionsreduktionszielen sowie fehlender Maßnahmen von Bund und Ländern öffentlich darzulegen und die Öffentlichkeit stärker zu sensibilisieren. Gerade dies ist aber eine wichtige Voraussetzung für politische Entscheidungen. Der Österreichische Klimabeirat koordinierte jedoch die bisher umfangreichsten Konzepte für nationale Klimastrategien, zusammengefasst im Toronto-Technologieprogramm (1998) und im Kyoto-Paket (1998). Beide Programme betonen den innovativen Zusatznutzen von klimapolitischen Strategien für die österreichische Wirtschaft.

Nach Auslaufen der zweiten Funktionsperiode im Jänner 2001 ist der Klimabeirat nicht in eine 3. Funktionsperiode eingetreten, da die derzeit gebotenen Arbeitsbedingungen eine sinnvolle Arbeit nicht ermöglichen. Die Kommission Reinhaltung der Luft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die bereits 1993 eine umfangreiche Dokumentation „Anthropogene Klimaänderung“ (Autorenkollektiv 1993) erarbeitet hatte, wird nun in einer Arbeitsgruppe „Klimawandel“ sich mit diesem Thema befassen.

## **Ansätze für Umsetzungsstrategien Vorbereitungen für eine nationale Klimastrategie**

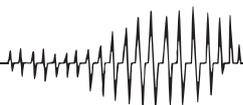
Im September 1998 erhielt die Österreichische Kommunalkredit (ÖKK) den ministeriellen Auftrag, innerhalb von 5 Monaten einen Bericht über Situation und mögliche Reduktionspotentiale zur Erreichung des nationalen Kyoto-Zieles zu erarbeiten. Die Frist für die Vorlage des Berichtes, der – neuerlicher Ansatz – als Grundlage der österreichischen Klimapolitik u.a. für die Berichte an die EU dienen sollte, war unrealistisch kurz. Diese zeitliche Vorgabe wirkte sich auf das Arbeitskonzept nachhaltig aus, konnte auch nicht eingehalten werden. Der schließlich im Jänner 2000 vorgelegte Bericht (ÖKK 1999)

ist zweifellos ein hilfreicher aktueller Bericht, hat aber einige Mängel. Die noch im Zwischenbericht vom Sommer enthaltene Gliederung der Reduktionspotentiale in Maßnahmen mit leichter, mittelschwerer und schwerer Umsetzbarkeit war nicht mehr enthalten. Durch das Fehlen einer solchen Klassifikation wurde den politischen Adressaten eine Information über wahrscheinlich erreichbare und kaum erreichbare Reduktionen nicht mehr mitgeliefert. Ein weiterer Mangel ist das Fehlen eines Ansatzes für die Land- und Forstwirtschaft. Dies ist umso mehr bedauerlich als diese Gruppe mit 42 % Anteil an 2. Stelle der CH<sub>4</sub> Emittenten und bei N<sub>2</sub>O mit 44 % an 1. Stelle steht.

Eine der möglichen Vorgangsweisen für die Umsetzung eines kooperativ erarbeiteten und vollziehbaren Reduktionsplanes sind die Long Term Agreements (LTA). Im Sommer 1998 hat im Wiener Haus der Industrie die Europäische Konferenz über industrielle Energieeffizienz stattgefunden, in deren Rahmen über Anwendung und Erfolg von LTA in anderen Ländern der EU berichtet worden ist (Autorenkollektiv, 1998). Der Klimabeirat hat im Herbst des selben Jahres die Aufnahme solcher Gespräche für LTA empfohlen, leider ohne Erfolg. Die österreichische Industrie zeigt wenig Interesse an freiwilligen Vereinbarungen über Emissionsreduktionen, da ihr möglicher Vertragspartner, der Staat, in eine solche Vereinbarung derzeit nichts einbringen kann, was für die Industrie als Anreiz dienen könnte. In UK wurde im April 2001 eine Energiesteuer eingeführt. Wenn Unternehmen im Wege von LTA Energie-/Emissionseinsparungen dokumentieren, so können diese Unternehmen bis zu 80 % von dieser Steuer befreit werden (Meacher 2000).

## **Welche Rolle können die Kyoto-Mechanismen erfüllen?**

In der EU für 1999 bilanzierend ergibt sich, dass seit 1990 die Summe der Treibhausgase – vor allem bedingt durch UK und Deutschland – um 4 % verringert werden konnte (Delbeke 2001).



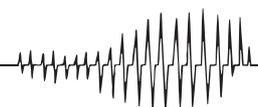
Aus heutiger Sicht muss angenommen werden, dass das Kyoto-Ziel trotz der zu erwartenden Ratifizierung und Inkraftsetzung des Protokolls, innerhalb der EU nur von Großbritannien, Luxemburg und Deutschland erreicht werden wird. Für die übrigen Staaten, einschließlich Österreich, wird das jeweilige nationale Reduktionsausmaß nur zu einem Teil durch nationale Maßnahmen abgedeckt werden können. Der nicht durch eigene Anstrengungen zu realisierende Anteil wird durch die im Kyoto-Protokoll vorgesehenen flexiblen Mechanismen – den sogenannten Kyoto-Mechanismen – abgedeckt werden müssen. Für JI (Joint Implementation) und CDM (Clean Development-Management) hat man in Österreich, im Gegensatz zu anderen Staaten, noch kein merkliches Interesse gezeigt. Die Niederlande haben seit 1997 in einem ersten Pilot-Programm für JI 45 Projekte in 9 zentral- und osteuropäischen Staaten und etwa 20 Projekte in Entwicklungsländern gestartet – alle vom Staat finanziert – um Erfahrungen zu sammeln und Verbindungen zu knüpfen (Blanson-Henkemans 2001). Sind JI und CDM mit einem volkswirtschaftlichen Gewinn für Österreich verbunden, so ist dies beim dritten Instrument, Emissionshandel, nicht der Fall. Zertifikate über vermiedene Emissionen in einem Staat können von einem anderen Staat zur Abdeckung seines Reduktionsdefizits erworben werden. Ein solcher Vorgang ist ein reines „Papiergeschäft“, wobei die zu bezahlenden Beträge keinen volkswirtschaftlichen Gewinn, sondern eine Belastung bedeuten. Durch das Negieren des Kyoto-Protokolls seitens der USA und damit das Fortfallen eines hohen quantitativen Reduktionsbedarfes wird der Preis pro Tonnen CO<sub>2</sub> im Emissionshandel allerdings stark sinken und Werte um 10 US \$ oder darunter erwarten lassen.

### **Aktuelle klimapolitische Entscheidungen**

Prinzipiell ist es zu begrüßen, dass in einem Ministerratsvortrag vom 7. September 2000 das Umwelt- und das Finanzministerium

gemeinsam nun von einer jährlichen Anreizfinanzierung von 1,25 Mrd. Schilling gesprochen haben. Finanzielle Anreize, wie Subventionen oder steuerliche Erleichterungen führen meist erst nach Jahren zu den angestrebten Emissionsreduktionseffekten und benötigen daher frühzeitig Kalkulierarbeit und Rechtssicherheit. Über das Aufbringen dieser Mittel wurde jedoch bis heute keine Einigung erzielt.

In einer solchen Situation sind sämtliche Möglichkeiten zu nützen, die ökologische Maßnahmen simultan mit der Reduzierung von THG-Emissionen und ökonomischen Vorteilen verbinden. Ein bedauerliches Beispiel für das Negieren einer solchen Möglichkeit ist im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationengesetz (EIWOG) 2000 enthalten. Bezüglich erneuerbarer Energie wird betont, dass im Einklang mit den Prinzipien der EU-Energiepolitik (Weißbuch „Erneuerbare Energie“, EC 1997) gehandelt wird. In § 32 wird die Steigerung der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie bis 1.10.2007 auf mindestens 4 % vorgeschrieben. Dazu wird im § 40 festgelegt: *„Anlagen die auf Basis von Müll oder Klärschlamm betrieben werden, sind jedenfalls nicht als Ökoanlagen anzuerkennen.“* Dies steht nicht nur mit den naturwissenschaftlichen Tatsachen in Widerspruch, sondern auch im eindeutigen Widerspruch zum zitierten EU Weißbuch „Erneuerbare Energie“, das sehr wohl den organischen Anteil des Mülls als Biomasse i.e. erneuerbare Energie definiert: *„Biomass is a widespread resource as it includes in addition to woody biomass ... manures as well as the organic fraction of municipal solid waste or source, separated household waste and sewage sludge.“* Es wäre zielorientierter gewesen dem EU-Weißbuch zu entsprechen und den biogenen Anteil des Abfalls als erneuerbaren Energieträger anzuerkennen. In Verbindung damit wäre auch der vorgeschriebene Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung höher als 4 % ansetzbar gewesen.



Im Ministerrat vom 7. September 2000 wurden von der Bundesregierung 3 Punkte zur Klimapolitik beschlossen:

1. Die Erreichung des Kyoto-Zieles ist eine der wichtigsten Aufgaben unseres Landes.
2. In der laufenden Legislaturperiode müssen die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden.
3. Die Bundesregierung verpflichtet sich noch in diesem Jahr eine mit Ländern und Gemeinden abgestimmte Klimaschutzstrategie zur Umsetzung vorzubereiten.

Zu diesen drei Punkten ist anzumerken:

**Zu Punkt 1:** Bereits im Energiebericht 1990 erklärte sich die Bundesregierung dem Torontoziel verpflichtet und führte im Energiebericht 1993 aus: *„Die befürchteten Risiken eines globalen Klimawechsels erfordern eine Fortsetzung und Intensivierung der weltweiten Zusammenarbeit und die rasche Umsetzung von CO<sub>2</sub>-reduzierenden Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich“*. (BMWA 1993) Seither sind sieben Jahre vergangen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen sind seit damals um rund 11 % gestiegen.

**Zu Punkt 2:** Es wird nur das Schaffen von Voraussetzungen, nicht das Umsetzen von Maßnahmen beschlossen. Die Zielperiode des Kyoto-Protokolls 2008 bis 2012 bedeutet, dass in Österreich zumindest drei Legislaturperioden bis dahin verstreichen werden. Nach den jahrelangen Vorarbeiten und Bemühungen in Bezug auf Toronto-, EU-Stabilisierungs- und nun Kyoto-Ziel ist leider versäumt worden ein operatives Etappenziel mit Arbeitsprogramm – zu erreichen mit Ablauf dieser Legislaturperiode – zu formulieren. Auf Basis des von der CO<sub>2</sub>-Kommission 1991 empfohlenen Maßnahmenpaketes, der Studie der EVA von 1993 (Cervený et al. 1993), dem Toronto-Technologieprogramm und dem Kyoto-Paket des Klimabeirates (Österreichischer Klimabeirat 1998b) und schließlich des Maß-

nahmenberichtes der ÖKK wäre ein solches Etappenziel zu formulieren möglich und strategisch notwendig gewesen.

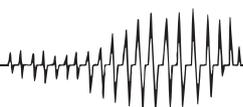
**Zu Punkt 3:** Mehr als ein Jahr nach dieser Verpflichtung ist die Umsetzung dieser Strategie noch immer nicht Realität.

Nach 5 Jahren CO<sub>2</sub>-Kommission und zwei Arbeitsperioden des Klimabeirates ist die wissenschaftliche Beratung der Bundesregierung und der zuständigen Ministerien zur Klimaproblematik seit Beginn 2000 zum Erliegen gekommen. Desgleichen hat man noch in der vergangenen Legislaturperiode den Wissenschaftlichen Beirat für Umweltfragen nach mehr als 25 Jahren erfolgreicher Tätigkeit sanft entschlafen lassen. Interdisziplinäre wissenschaftliche Beratung? Nein, danke!

Nun, wenige Tage vor der CoP 7 in Marrakesch, 10 Jahre nachdem eine österreichische Bundesregierung in ihrem Energiebericht sich dem Klimaziel verpflichtet erklärt hatte, ist eine gemeinsam vertretene Klimastrategie der gesamten Bundesregierung nicht existent, eine rechtswirksame Vereinbarung mit den Bundesländern nicht in Umsetzung, Wirtschaft und Industrie in abwartender Haltung. Jedes weitere Jahr, jedes weitere Monat, die ungenutzt vergehen, macht die Problemlösung schwieriger und teurer. Wir hören von den Vorteilen eines ausgeglichenen nationalen Budgets. Diese Feststellung gilt nicht nur im finanziellen Bereich; sie hat die gleiche Gültigkeit im ökologischen. Jahrzehntelang haben wir unsere Treibhausgas-Konten überzogen und müssen nun wieder verträgliche Bilanzen erreichen. Das Kyoto-Protokoll ist nur der erste, aber der entscheidende Schritt in diese Richtung.

## Zusammenfassung

In der Kyoto-Konferenz übernahm die EU für die Gemeinschaft ein Reduktionsziel von 8 % als Mittelwert für den Zeitraum 2008 bis 2012, worin im Zuge der EU-in-



ternen Aufteilung Österreich eine nationale Reduktion von 13 % übernahm.

Die prinzipielle Problematik der österreichischen Klimapolitik liegt in der Tatsache, dass Österreich international sich zu sehr anspruchsvollen Reduktionszielen verpflichtet, für diese selbstgesteckten Ziele aber bisher nur völlig ungenügende Maßnahmen umgesetzt hat. Aus heutiger Sicht muss angenommen werden, dass das Kyoto-Ziel trotz der zu erwartenden Ratifizierung und Inkraftsetzung des Protokolls, innerhalb des EU-Bereiches nur von Großbritannien, Luxemburg und wahrscheinlich Deutschland erreicht werden wird. Für die übrigen Staaten, einschließlich Österreich, wird das jeweilige nationale Reduktionsausmaß nur zu einem Teil durch nationale Maßnahmen abgedeckt werden können. Von der Bundesregierung wurde nun erstmals ein konkreter Förderungsbetrag für klimarelevante Vorhaben von jährlich 1,25 Mrd. Schilling genannt. Da die Zielperiode des Kyoto-Protokolls 2008 bis 2012 bedeutet, dass in Österreich zumindest drei Legislaturperioden bis dahin verstreichen werden, wäre es jetzt sinnvoll und notwendig, nach den jahrelangen Vorarbeiten ein konkretes Etappenziel mit Arbeitsprogramm – zu erreichen mit Ablauf der Legislaturperiode – zu formulieren.

### Albert E. Hackl

Jg. 1928, Studium der Technischen Chemie, Gas und Feuerungstechnik in Wien. Em. Vorstand des Instituts für Verfahrenstechnik, Brennstofftechnologie und Umwelttechnik der TU Wien; Gründungsvorsitzender der CO<sub>2</sub>-Kommission; Mitglied des Klimabeirates (während seines Bestehens); Zivilingenieur f. Gas und Feuerungstechnik.

E-Mail: kanzlei.dr.hackl@aon.at

### Literatur

- Abele, H. Cerveny, M., Schleicher, S., Weber, K. (Hg.) (2000):** Reform der Wohnbauförderung. Service Fachverlag, Wien
- ACC, Österreichische CO<sub>2</sub>-Kommission (1992):** Jahresbericht. NORKA-Verlag, Wien
- ACC, Österreichische CO<sub>2</sub>-Kommission (1993):** Jahresbericht. NORKA-Verlag, Wien
- ACC, Österreichische CO<sub>2</sub>-Kommission (1994):** Jahresbericht. NORKA-Verlag, Wien
- ACC, Österreichische CO<sub>2</sub>-Kommission (1995):** Jahresbericht. NORKA-Verlag, Wien
- Akademie für Umwelt und Energie (1994):** CH<sub>4</sub>-Emissionen in Österreich. BM für Umwelt, Jugend und Familie, NORKA-Verlag, Laxenburg
- Autorenkollektiv (1998):** Long Term Agreements. Proceedings European Conference on Industrial Energy Efficiency, Vienna, Session 4, pp 297
- Blanson-Henkemans, M. (2001):** The Dutch Climate Cooperation with Economies in Transition; Proceedings Delivering Kyoto. Chatham House Conference, London Oktober 2001
- BMwA, Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (1993):** Energiebericht der Österreichischen Bundesregierung. BMwA, Wien
- Cerveny, M., Heindler, M., Jöchlinger, A. (1993):** Strategien zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen. E.V.A., Wien
- Delbake, J. (2001):** Delivering Kyoto: Can Europe do it? Proceedings Delivering Kyoto, Chatham House Conference, London, Oktober 2001
- Grubb, M. (2000):** The Kyoto Protocol-Prospects and Issues for entry into force by 2002. Proceedings "The Kyoto-Protocol", Chatham House Conference, London
- EC, European Commission (1997):** Energy for the future: Renewable Sources of Energy. („Weißbuch Erneuerbare Energie“) European Commission, Brussels
- Hackl, A., Schleicher, S. (Hg.) (2000):** Lachgasemissionen und Klimaschutz. Service Fachverlag, Wien
- Meacher, M. (2000):** Kyoto Address. Proceedings "The Kyoto-Protocol", Chatham House Conference, London
- ÖAW, Österreichische Akademie der Wissenschaften (1993):** Bestandsaufnahme Anthropogene Klimaänderungen: Mögliche Auswirkungen auf Österreich – mögliche Maßnahmen in Österreich, Dokumentation, Verlag der Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien
- ÖKK, Österreichische Kommunalkredit AG (1999):** Kyoto-Optionen-Analyse. Ö. Kommunalkredit AG, Wien
- Österreichischer Klimabeirat (1998a):** Das Toronto-Technologieprogramm. Maßnahmen, Effekte und gesamtwirtschaftliche Kosten eines Technologieprogramms zur Erreichung des Toronto-Emissionsziels für CO<sub>2</sub> in Österreich und die vergleichbaren EU-Strategien. BMUJF und Österreichischer Klimabeirat, Wien
- Österreichischer Klimabeirat (1998b):** Das Kyoto-Paket, wirtschaftliche Innovation durch Klimaschutz. BMUJF und Österreichischer Klimabeirat, Wien
- Ritter M. et al. (2001):** Austria's National Inventory Report 2001. UBA-BE 190, Wien
- Schleicher, S., Kratena, K., Radunsky, K. (2000):** Die österreichischen CO<sub>2</sub>-Bilanz 1998. BMUJF und Österreichischer Klimabeirat, Wien

